

# RS Vwgh 2004/9/10 2004/12/0089

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 10.09.2004

## Index

14/01 Verwaltungsorganisation  
40/01 Verwaltungsverfahren  
63/01 Beamten-Dienstrechtsgesetz  
64/05 Sonstiges besonderes Dienstrecht und Besoldungsrecht

## Norm

AVG §8;  
BDG 1979 §153 Abs1;  
BDG 1979 §4 Abs1;  
BDG 1979 §4 Abs3;  
RDG §26;  
StAG §12;  
StAG §19;  
StAG §27;

## Rechtssatz

Es ist nicht zu erkennen, dass die die Ernennung von Staatsanwälten näher regelnden besonderen Rechtsvorschriften eine im Sinne der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes ausreichende "rechtliche Verdichtung", die das Vorliegen einer Parteistellung eines Bewerbers begründen könnte, aufweisen (vgl. etwa zur insoweit ähnlichen und lediglich hinsichtlich der Bindungswirkung der Vorschläge unterschiedlichen Situation in Ansehung der Ernennung von Universitätsprofessoren die hg. Beschlüsse vom 19. November 2002, Zl. 2002/12/0290, und vom 24. März 2004, Zl. 2003/12/0143).

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2004:2004120089.X02

## Im RIS seit

12.10.2004

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>